

## Europa wächst zusammen

Albrecht Rothacher

14 Jahre nach dem Umbruch stehen die erfolgreichsten Reformstaaten vor dem EU-Beitritt und mitten in der zweiten NATO-Osterweiterung. Ander vielbeschworenen Außenhilfe hat es nicht gefehlt. Doch wie steht es um den Transformationserfolg selbst? Überdeutlich sind die weiter östlich gelegenen Fälle des bisherigen Scheiterns: die meisten GUS-Staaten, einschließlich Weißrusslands, der Ukraine und Moldawiens, ebenso wie Serbien, Bosnien und die NATO-Protektorate Albanien und Kosovo. Rumänien steht unter der Regentschaft des Altkommunisten Iliescu noch immer an der Kippe zwischen Erster und Dritter Welt. Dagegen ist die wirtschaftliche Transformation in den anderen Reformstaaten von Estland bis Bulgarien, die um EU-Mitgliedschaft ansuchen, sowie in Kroatien mittlerweile weitgehend gelungen. Die nötigen Entstaatlichungen, Privatisierungen, Auslandsinvestitionen und der erste Aufschwung seit Mitte der Neunzigerjahre haben jedoch die Bevölkerungsmehrheiten längst noch nicht überall fühlbar begünstigt. Im Gegenteil, die soziale Differenzierung der kleindemokratisch-egalitär geprägten Gesellschaften des Staatssozialismus hält an. Einer kleinen Minderheit von oft dubios legitimierten Transformationsgewinnern steht der soziale Abstieg einer Bevölkerungsmehrheit von Industriearbeitern, Kolchosbauern, Arbeitslosen und Rentnern gegenüber. Die allgemeine Verunsicherung und Vereinigung drückt sich meist durch apolitische individuelle Überlebensstrategien und Protestwahlverhalten aus. Als Ergebnis wechselt fast überall

nach jeder Wahl die Regierung, wobei sich in dem weiter aktuellen Postwende-Schisma fast unweigerlich postkommunistisch-sozialistische mit antikommunistisch-bürgerlichen Mehrheiten ablösen. Während die sich Nomenklatura-Interessen verpflichteten Postkommunisten meist durch größere Reformscheue, bessere Parteidisziplin und höhere Selbstbereicherungen auszeichnen, ist das bürgerliche Lager stärker zersplittert: in National- und Linksliberale, Christdemokraten und Bauernparteier. Wegen persönlicher Animositäten ist es wesentlich instabiler, dennoch in Summe reformfreudiger und deutlich weniger korrupt. Der bevorstehende EU-Beitritt wird sich auf solche Reformstaaten wie Estland, Ungarn und Slowenien, die sich gut vorbereitet haben, sicher sozial und wirtschaftlich segensreich auswirken. Allerdings birgt er für die weitgehend unvorbereitete Union noch einige Überraschungen, auch solche unangenehmer Art. Dazu zählen stärkere finanzielle Transferinteressen, eine protektionistischere Handelspolitik, eine in Summe geringere Integrationsneigung, weniger Interesse an Fortschritten im EU-Umweltschutz, bei Sozial- und Lebensmittelstandards, der Entwicklungshilfesowie deutliche Vorbehalte gegenüber etlichen EU-Normen des Binnenmarktes und des Wettbewerbsrechtes. Auch der ab 2006 mögliche Beitritt zur Währungsunion birgt neuen Sprengstoff. Doch kein Grund zur Panik: Schon immer waren Krisen der vornehmliche Antriebsmotor der Union.

Über den richtigen Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus gab es un-

ter Marxisten einen blutig geführten Dogmenstreit. Dabei konnte der konkrete Vorgang der Enteignung und Deklassierung von Adel, Bürger- und Bauerntum von Schwerin bis Saigon nach jeweils wenigen Jahren des Terrors erfolgreich abgeschlossen werden. Für den umgekehrten Vorgang gab es nach vierzig Jahren kommunistischer Diktatur und Misswirtschaft weder Theorien noch Vorbilder. Als die gradlinigen Dissidentenführer (sehen wir von kommunistischen Palastrevolten in Rumänien und Bulgarien ab) 1989 unvorbereitet die Macht übernahmen, waren sie in der Nationalgeschichte und -literatur weitaus besser bewandert als in den unbekannten Künsten der Transformationsökonomie, des Kompromisseschmiedens und der medialen Selbstinszenierung. Recht naiv, wie sich herausstellen sollte, erwartete sich die befreite Bevölkerung eine schnelle und schmerzfreie Aufarbeitung der Vergangenheit und das Aufholen zum Lebensstandard des Westens. Hatte doch bis 1946, bis zur Vertreibung der Sudetendeutschen, die Industrieproduktion Tschechiens über der Österreichs gelegen, der Lebensstandard Estlands bis zur sowjetischen Annexion 1940 über dem Finnlands, und lag nicht Polens Nationaleinkommen bis in die Dreißigerjahre gleichauf mit Spanien? Mittlerweile jedoch hatte sich der Abstand mehr als vierfacht. Zudem waren Polen, Ungarn, Bulgarien und Jugoslawien seit den Siebzigerjahren mit Milliardenkrediten westlicher Banken und öffentlicher Entspannungswohltäter beglückt worden, die sämtlich vergeudet und veruntreut wurden, jedoch von Ungarn und (pro rata) von Slowenien und Kroatien unter großen Opfern nach der Wende bedient wurden.

## Die Transformation der Wirtschaft

Bald wurden die wackeren Reformer mit einer Unmenge wohlfeiler und wider-

sprüchlicher Ratschläge überhäuft. Am heftigsten tobte der Schulenstreit zwischen den Parteidüppeln der Schocktherapie von Jeffrey Sachs und seinen Harvard-Boys, die die sofortige Freigabe aller Preise und des Handels und die Abschaffung aller Subventionen und Protektion forderten, und jenen, die, institutioneller Schwächen und sozialer Härten eingedenk, einen graduelleren Ansatz befürworteten. Im Ergebnis waren die Schocktherapie Estlands und der graduelle Reformkurs Ungarns beide erfolgreich. Es kam mehr auf einen jahrelang über verschiedene Regierungswechsel trotz erschreckender Produktions- und Einkommenseinbrüche und rapide steigender Arbeitslosenzahlen durchgehaltenen Reformkurs mit effektiven Privatisierungen, Entmonopolisierungen und dem Aufbau von Überwachungsinstitutionen an als auf die allein selig machende Rezeptur.

Dagegen war im Test der Privatisierungsmodelle das Ergebnis eindeutig. Mehr noch als in ihrem Ursprungsland stellte sich die Treuhandmethode, der Verkauf an strategische Einzelinvestoren, die am systematischsten in Estland, Lettland und Ungarn angewendet wurde, als das bei weitem erfolgreichste Privatisierungssystem heraus. Sie brachte dringend nötiges frisches Kapital, neues technisches und Marketing-Wissen, eine qualifizierte Unternehmensleitung, eröffnete neue Exportmärkte und sanierte die Betriebe ökologisch und finanziell. Der oft unpopuläre Einzug ausländischer Eigener, die den Geschmack neuerlicher Fremdbelebung vermittelten, wurde von dem Interesse von Belegschaft und Standort an langfristiger Gewinnträgertätigkeit und an Produktions- und Beschäftigungsausweiterungen bald neutralisiert. Dagegen mobilisierten die bei Großobjekten und Teilprivatisierungen von Großbanken und Infrastruktur- und Versorgerbetrieben gerne angewendeten Börsengänge häufig

nur kurzfristig angelegtes Investoreninteresse. Noch weniger brachten die politisch populäreren Methoden der Verteilung von Massenbesitzscheinen („Coupes“) in Václav Klaus‘ Tschechien und in Iliescu Rumänien, die in Slowenien fast ausschließlich praktizierte Besitzübertragung (Insider-Privatisierung) an die bestehende Unternehmensleitung oder gar die in Mecias Slowakei und Tudjmans Kroatien übliche „spontane“ Privatisierung an Freunde und Parteigänger des Premiers beziehungsweise Präsidenten weder neues Kapital, neues Wissen noch eine dauerhafte Sanierung der Unternehmensführung und ihrer Produktion.

Im besten Fall blieb unter dem alten Management dann alles beim Alten. Doch oft genug erhöhten die staatsplanerischem Denken und Knappheiten verhafteten Unternehmensleitungen bei den unausweichlichen Absatzproblemen bei gleichbleibendem Ausstoß einfach die Preise und reagierten auf Liquiditätsprobleme durch das Nichtbezahlen von Rechnungen. Im schlimmsten Fall wurden die Betriebe nach allen Regeln der Kunst ausgeplündert. Außer in Rumänien und Bulgarien unter der Herrschaft der Postkommunisten erfolgte dies mit besonderer Hingabe in Klaus‘ Tschechien, wo mit dem lautstarken Verweis auf die Allheilkräfte der Märkte die nötigen institutionellen Reformen etwa der Banken- und Börsenaufsicht und die Einführung eines effektiven Konkursrechtes lange unterblieben.

Obwohl die meisten effektiven Privatisierungen sich bald durch deutliche Produktivitätsgewinne, Exporterfolge und einen besseren Schuldendienst, der die überall akuten Bankenkrisen entspannen half, auszeichneten, wurden sie wegen ideologischer Vorbehalte von den 1992/93 in Polen, Litauen und Slowenien an die Macht zurückgewählten Postkommunisten unterbrochen. In Rumänien und Bulgarien wurden sie bis 1996/97 ohnehin

nie ernsthaft unternommen. Aus nationalpopulistischen Motiven unterblieben sie auch in der Slowakei während Mecias dreimaliger Premierschaft, in Tudjmans Kroatien und in der Spätphase der zerfallenden Solidarność-Wahlkoalition in Polen. Seit der neuerlichen Machtübernahme der Postkommunisten unter Leszek Miller im Herbst 2001 bleibt der Privatisierungsprozess dort weiter blockiert.

Notgedrungen mühsam und langwierig war allerorten der Aufbau der für eine reibungslos funktionierende Marktwirtschaft nötigen Rechts- und Verwaltungsordnung. Zwar erbten alle Länder eine überdimensionierte Ministerialbürokratie in den Hauptstädten, doch es fehlte überall an Wettbewerbsbehörden, Patentämtern, einer Banken- und Wertpapieraufsicht, an Umwelt- und Arbeitsschutzinspektoraten, Lebensmittel- und Veterinärbehörden und professionell arbeitenden Finanz- und Zollämtern. Miserable Gehälter, obskure Ermessensregeln und der Mangel an Kontrollen, Sanktionen und fehlendes Rechtsbewusstsein bis in die Ministeretagen ließen vielerorts die Korruption blühen. Die aus dem Neuen Testament bekannte Steuerpacht („Zöllner und Sünder“) feierte nicht nur bei der Besetzung ostpolnischer Zollämter fröhliche Urständ. Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, dass laut den Jahresübersichten von Transparency International etliche Reformstaaten, darunter Estland, Ungarn und Slowenien, als weniger korrupt gelten als manche EU-Staaten (zum Beispiel Belgien und die Mittelmeieranrainer). Zu den für eine langfristig angelegte produktive Investitionstätigkeit nötigen Voraussetzungen gehörte auch der Aufbau einer unabhängigen wirtschaftskundigen Judikatur mit entsprechenden Gesetzen, einschließlich einer Konkursordnung, um dem Schuldendienst und dem Bezahl von Rechnungen den notwendigen Nachdruck zu verleihen. Die bisherigen Gesetze, die Recht-

sprechung durch die Richter der KP-Ära und der Mangel an Rechtsvollzug erfüllten diese Voraussetzung kaum. Zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens waren auch faire Rückerstattungen an die zu Unrecht enteigneten Altbesitzer vonnöten. Vor allem bei Ackerland und Waldbesitz und dort, wo sich die postkommunistische Nomenklatura eingenistet hatte, ließen diese oft lange auf sich warten. Allerdings wurden nirgendwo das Recht so stark gebeugt wie im Fall der SBZ-Enteignungen von 1945–49.

## Volumen ausländischer Investitionen

Als Ergebnis dieser Reformen gibt es in allen Reformstaaten noch immer Licht und Schatten. Trotz einer deutlich gestiegenen Rechtssicherheit sind noch immer überall Horrorgeschichten von ausländischen Alteignern, Unternehmern und Händlern im Umlauf, deren rechtliche Ansprüche behördlicher Willkür oder politisierender Rechtsbeugung zum Opfer fielen. Als bester objektivierender Faktor in der Beurteilung der immer stärkeren Unterschiede zwischen den Reformstaaten kann sicher das Investitionsvolumen produktiver direkter Auslandsinvestitionen pro Kopf gewertet werden, die das informierte Vertrauen in das rechtliche und wirtschaftliche Unternehmensumfeld widerspiegeln. Danach führen Ungarn, Tschechien und Estland, gefolgt von Lettland, mit stark aufholender Tendenz. Weit abgeschlagen dagegen ist Rumänien. Unter den Investoren liegt Deutschland absolut und Österreich relativ (das heißt pro Kopf) vorn. Beider Investitionen fließen nach der Markterschließungsphase der ersten Jahre nunmehr vorrangig in eine regionale Arbeitsteilung mit Ungarn, Tschechien und der Slowakei, bei der anspruchsvolle arbeitsintensive Teilstücke mittlerweile fast aller industrieller Sparten ausgelagert werden. Im Gegensatz zu früheren Produktionsverlagerungen nach

Fernost kommt die gestiegene Kaufkraft der östlichen Belegschaften jedoch wieder der Exportnachfrage nach deutschen und österreichischen Produkten zugute. Polen ist wegen der fast konsistent antideutschen Entscheidungen (von denen unter anderem die Deutsche Bank, die Lufthansa und die Deutsche Telekom ein Lied singen können) der dortigen Privatisierungsbehörden, der ständigen Versuchungen einer nationalprotektionistischen Industriepolitik und der anhalten Stagnationskrise ein wenig attraktives Pflaster geblieben. Skandinavische Firmen haben ihrerseits eine noch weitergehende Arbeitsteilung mit dem Baltikum geleistet: von der Holz- und Papierwirtschaft über die Textil- und Elektronikfertigung zum Bankensektor, der von den Wallenbergs kontrolliert wird. Am deutlichsten ist diese, übrigens sehr harmonische, Arbeitsteilung zwischen Finnland und dem sprach- und kulturverwandten Estland gediehen. Demgegenüber sind zum Beispiel Italien und Griechenland eher bei Banken, Bergwerken, Telekombetreibern und Textilbetrieben auf dem vermutlich ähnlich wesensverwandten Balkan aktiv.

Obwohl Auslandsinvestitionen im kapitalschwachen Mittelosteuropa unverzichtbar sind, trugen die Reformstaaten die Hauptlast der Restrukturierung selbst. Sie ererbten wettbewerbsunfähige Industriedinosaurier an politisch bestimmten Ungunstlagen. Vor allem Lettland, Polen, die Slowakei, Rumänien und Bulgarien wurden mit Konglomeraten der Schwerindustrie gestraft, die in abgelegene Landstädte geklotzt wurden, um den Triumph rauchender Fabrikschornsteine über die zerstörte rückständige ländliche Idylle zu feiern. Im Rumänien des nationalkommunistischen Schuhmachers und Karpatengenies Ceausescu hatten Schwerindustriesiedlungen in siebenbürgischen Mittelstädten wie Kronstadt, Klausenburg und Neumarkt zu-

dem den Zweck, durch die Massenansiedlung von Rumänen die magyarisch-deutsche Bevölkerungsmehrheit zu brechen. Das Ergebnis der forcierten jahrzehntelangen Schwerindustrialisierung waren groteske Überkapazitäten mit obsoleten Fertigungstechnologien mit massiven Verschwendungen an Arbeitskraft, Energie- und Umweltressourcen, die häufig in regionalen Problemlagen wie Oberschlesien, Nordmähren oder im „Schwarzen Dreieck“ zwischen Nordböhmen und Niederschlesien konzentriert waren. Doch selbst in diesen Problemlagen, in denen sich das Auslandskapital rar macht, haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse im letzten Jahrzehnt sichtbar verbessert.

### **Verunsicherte und verarmte Gesellschaften**

Der beginnende wirtschaftliche Aufschwung hat sich für die Mehrheit der Bevölkerung allerdings noch kaum bemerkbar gemacht, so tief war der Absturz zu Beginn der Neunzigerjahre gewesen. Das erste Jahrzehnt der Transformation hatte für die meisten Mitglieder der Kleinbürgergesellschaften Mittelosteuropas massive Einkommenseinbußen, Arbeitsplatzverluste, existenzielle Verunsicherungen der bisherigen Gewissheiten und den Abstieg in eine Unterschichtenexistenz, bei der es vornehmlich um das tägliche Überleben geht, gebracht. Industrie- und Kolchosarbeiter, Rentner und Arbeitslose waren besonders betroffen. Noch immer liegt die Arbeitslosigkeit (mit nur minimalen staatlichen Zuwendungen) fast überall über zehn Prozent, in Polen, der Slowakei, Bulgarien und Kroatien bei zwanzig Prozent. Auch die Verschlechterungen der im Staatssozialismus ohnehin nur sehr elementaren staatlichen Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungssektor, in der Kinderbetreuung und im öffentlichen Verkehr und der Wegfall der Subventionen bei

Mieten, Energie und Grundnahrungsmitteln traf die Bevölkerungsmehrheit. Heute wird das Gros der Einkommen für Nahrung (fest und flüssig), Wohnen und Heizung verwendet. Wenig bleibt für langlebige Gebrauchsgüter oder gar Ersparnisse. In Bulgarien etwa waren die Renten 1996 auf zwei Euro monatlich abgesunken, mit denen man maximal acht warme Suppen erstehen konnte. Es blieb der Gang zu Armenspeisungen der Kirche, die Nahrungssuche in Mülltonnen oder die Hilfe der Großfamilie, sofern vorhanden. Die Menschen reagierten auf die Krise mit Einkommenskombinationen in der Schattenwirtschaft, Realtausch und Selbsthilfe. Fähigkeiten, die auch während der Unzulänglichkeiten und Versorgungsengpässe des Sozialismus gepflegt wurden. In Rumänien und Bulgarien etwa steigt seither auch die offizielle Agrarquote stark an. Es sind Arbeitslose, die vom Plattenbau aus mit Haken und Spaten ihre Ackerparzellen zur Selbstversorgung bearbeiten. Das Gleiche tun sechs Millionen polnische Kleinbauern und ihre Angehörigen.

Allerdings ist im Zuge des andauernden Umbruchs vielen, vor allem des schwachen starken Geschlechts, der Wille zum Leben und zur Leistung verloren gegangen. Die Geburtenraten fielen seit 1990 dramatisch. Gleichzeitig stiegen die Todesraten. In der Suizidstatistik wetteifern Litauen und Ungarn mit vier Selbstmorden pro 10 000 Einwohner per annum um einen traurigen weltweit ersten Platz. Die Lebenserwartung der Männer, die unter der Diktatur schon bei miserablen siebenundsechzig Jahren lag, sank im Schnitt um weitere drei Jahre ab (Ausnahmen: Tschechien, die Slowakei und Slowenien, wo die soziale Sicherung besser hielt). Ursächlich sind: Alkoholismus, starkes Rauchen, eine schlechte Ernährung und Gesundheitsversorgung, Stress, Umweltbelastungen, wenig Breitensport und vermehrte Verkehrsun-

fälle. In Summe nehmen nunmehr, außer unter den Zigeunern, überall, mittlerweile auch im christkatholischen Polen, die Bevölkerungszahlen rapide ab. Neben den Auswanderungszahlen ist die erschreckende Vitalstatistik verantwortlich.

Vor allem auf dem Lande leiden Jugendliche unter den verschlechterten Ausbildungs- und Berufschancen. Bei Jugendarbeitslosigkeitsraten von bis zu vierzig Prozent brechen viele ihre Ausbildung vorzeitig ab. Stattdessen beginnen sie „Karrieren“ im Kleinhandel, der Schmuggel, Gewaltkriminalität, Drogenhandel und Prostitution folgen. In manchen unterstrukturierten Landregionen etwa des ehemals deutschen Hinterpommerns, des südlichen Ostpreußens und Nordböhmens hat die Jugendkriminalität schon endemische Ausmaße angenommen, denen die Polizei nicht mehr Herr wird.

Erst zart sind die Anfänge eines neuen Bürgertums, das entweder durch die meist zögerliche und unvollkommene Restitution alten Eigentums, durch unternehmerischen Erfolg oder die Beschäftigung bei besser bezahlenden Westfirmen wieder im Entstehen begriffen ist. Obwohl in den Einkaufsstraßen der Hauptstädte unübersehbar, stellt es im Lande nur eine kleine Minderheit dar. Kleiner noch ist die Zahl der Privatisierungsgegner, deren neuer Reichtum und protzige Statussymbole meist nicht zu Unrecht als illegitim angesehen werden. Noch beschränkt sich die Reaktion der Betroffenen auf individuelle Überlebensstrategien und Protestwahlen. Streiks (nur im öffentlichen Dienst) und Krawalle sind rare Ausnahmen. So die Hungerrevolte in Sofia vom Winter 1996/97, die die damalige korrupte postkommunistische Regierung stürzte, die Bauernkrawalle, die Lepper seit 1998 in Polen anzettelt, oder der gewalttätige Marsch der Bergleute des Schiltals 1999 nach Bu-

karest. Im Wesentlichen aber herrscht apolitische Resignation.

### Politik: schismatisch und instabil

Allen gegenläufigen Thesen zum Trotz bleibt die politische Szene der meisten Reformstaaten geprägt vom alten Schisma zwischen Postkommunisten und Antikommunisten, zwischen den Unterdrückern und den Unterdrückten von einst. Unter den Wählern ist dieses Schisma jedoch nur für eine politisch und historisch bewusste Minderheit von etwa je zwanzig Prozent auf jeder Seite bindend. Die Mehrheit, die entweder zu jung ist oder unpolitisch angepasst die Jahrzehnte der Diktatur überlebt hat, flottiert bei jeder Wahl zwischen den verfeindeten Lagern, sodass unter den entfremdeten Bedingungen der anhaltenden Transformationskrise so gut wie bei jeder Wahl die Regierungsmeinheit wechselt. Ausnahmen von dieser Regel gibt es nur in solchen Ländern (Estland, Tschechien und der Slowakei), in denen die sozialdemokratischen Parteien der linken Mitte mehr oder minder „echt“, das heißt keine rein postkommunistischen Wendeparteien sind. Eine weitere Ausnahme ist Slowenien. Dort sind die zu Liberaldemokraten gewendeten Ex-Jungkommunisten fest am Ruder. Dort gab es auch keine Transformations- und Gesellschaftskrise, sondern nur den Übergang der formalen Eigentumstitel an die örtlichen politisch bestens verbundenen Unternehmensleitungen, die meistens als nachgeborene Mitglieder des örtlichen „Partisanenadels“ gelten.

In den größeren Reformstaaten, in Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien sowie in Lettland und Litauen verlieren Regierungsparteien regelmäßig die Wahlen, manchmal verlieren sie auch ihre parlamentarische Repräsentanz wie das zerstörte AWS Wahlbündnis der Solidarność 2001.

Als politische Zyklen werden die folgenden Zeiträume deutlich: 1989/90: der

Regierungsantritt der unerfahrenen Dissidenten-Helden-Dichter-Philosophen (überall, außer in Rumänien und Bulgarien), 1992/93: Rückkehr der postkomunistischen „Sozialdemokraten“ an die Macht (in Litauen, Polen, Ungarn, Slowenien, in der Slowakei unter Meciar), 1996/97: Abwahl fast aller Wendesozialisten (auch in Rumänien und Bulgarien), Mehrheiten für Mitte-Rechts, 1999/2001: Abwahl der Mitte-rechts-Regierungen (Litauen, Polen, Ungarn, Kroatien, Rumänien), Rückkehr der Postkommunisten.

Als Ergebnis ähneln aktuelle Treffen der osteuropäischen Staats- und Regierungschefs altkommunistischen Veteranentreffen, auch wenn sie jetzt den Stern der NATO salutieren: Die Präsidenten Estlands, der Slowakei, Sloweniens und Rumäniens und die Ministerpräsidenten Polens, Litauens und Kroatiens sind sämtlich ehemalige ZK-Mitglieder.

Üblicherweise entstanden aus den alten Kommunistischen Parteien drei Typen als meist wohl organisierte und -finanzierte Nachfolgeorganisationen:

- unreformierte kommunistische Nostalgieparteien (in Lettland, Tschechien, der Slowakei, Bulgarien und Rumänien) mit einem Wählerpotenzial von selten mehr als zwanzig Prozent,

- sozialdemokratische Wendesozialisten (die nach einer Schamfrist von einigen Jahren und dem Scheitern echter sozialdemokratischer Parteien auch in die Sozialistische Internationale aufgenommen wurden) mit einem Wählerpotenzial von bis zu vierzig Prozent,

- Rechtsradikale (in Rumänien, Lettland, der Slowakei, Tschechien und Slowenien), meist mit einem nationalkommunistischen und Geheimdiensthintergrund und Wählerpotenzialen bis zu zehn Prozent, in Rumänien bis zu 20 Prozent.

Im Wesentlichen vertreten diese Parteien Nomenklatura-Interessen (das heißt häufig von Transformationsgewinnern)

und werden paradoxerweise meist von Transformationsverlierern (Industrie- und Landarbeiter, Rentner, Arbeitslose) gewählt.

Das bürgerliche Lager ist demgegenüber wesentlich zersplitterter. Oft genügen einem charismatischen Politiker einige Industrie- und Mediensponsoren, um aus dem Nichts binnen einiger Monate eine führende Gruppierung zu schaffen, die dann nach ihrer Entzauberung ebenso schnell wieder zerfällt. Für dieses Phänomen wurde im Baltikum der Begriff „Sofaparteien“ geprägt: Alle Parteimitglieder finden auf einem Sofa Platz. Es lassen sich jedoch vier Hauptströmungen fast überall finden: 1. Linksliberale (Freiheitsunion und Bürgerforum in Polen und Tschechien, Lettischer Weg, SZDSZ in Ungarn): großstädtische laizistische Kleinparteien mit höchstens zehn Prozent der Stimmen, 2. Nationalliberale (Fidesz in Ungarn, ODS in Tschechien, PNL in Rumänien, UDF in Bulgarien, die Vaterländischen Parteien im Baltikum): antikommunistische konservative Volksparteien mit bis zu vierzig Prozent der Stimmen, 3. Christdemokraten (entweder katholisch – in Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Slowenien, Polen und Litauen – oder orthodox orientiert – in Rumänien und Bulgarien): Außer in Polen sind sie zu Kleinparteien des ländlichen Raumes geschrumpft. Nur noch selten werden bis zu zehn Prozent der Stimmen erreicht, 4. Bauernparteien: häufig erratische Protestparteien in Ländern mit hoher Agrarquote (Polen, Rumänien, Ungarn, Baltikum), die in Ländern, wo sie als ehemalige „Blockflöten“ und Kolchosleiterparteien sich fortsetzen, auch für postkommunistische Koalitionen bereitstehen. Wählerpotenzial: bis zu zwanzig Prozent.

In allen Reformstaaten sind die Institutionen der Bürgergesellschaft vom Verbraucherschutz bis zu den Wirtschaftsverbänden, trotz aller interessierten westlichen Mund-zu-Mund-Beatmung, bis-

lang erstaunlich schwach geblieben. Nur drei Großinstitutionen zählen, und auch dies nur partiell: Die Kirche ist gesamtgesellschaftlich nur dort einflussreich, wo sie legitimer Träger der nationalen Identität und des antikommunistischen Widerstandes sein konnte (in Polen, Litauen und, in geringerem Maße, in Ungarn, Slowenien und Kroatien sowie im protestantischen Estland und Lettland). Gewerkschaften sind nur noch im öffentlichen Dienst und in den verbliebenen Staatskonzernen Polens und Rumäniens stark, wo sie die Restrukturierung nach Kräften zu behindern suchen. Die nach der Wende befreiten und aufblühenden Medien sind mittlerweile so stark in den Auflagen und Umfängen geschrumpft und inhaltlich meist so boulevardisiert, dass auch sie als Sinnstifter nicht mehr taugen. Trotz dieser Widrigkeiten ist in Mitteleuropa während des vergangenen Jahrzehnts ein politisches Wunder geschehen. Obwohl gelegentlich auf des Messers Schneide (etwa in Lettland oder in der Slowakei), hat kein Land rechtsautoritäre oder linksreaktionäre Rückfälle erlitten. Unkenrufe dieser Art hatten die Transformation von Anfang an begleitet. Nur in Rumänien erscheint unter der Herrschaft Iliescu die verfassungsmäßige Ordnung noch potenziell gefährdet. Das politische Wunder an Weichsel und Moldau wurde nicht zuletzt durch die Aussicht auf den EU-Beitritt befürwortet.

Im Blick auf die alternierenden Mehrheiten in den neuen Beitrittsländern ist die Vorhersage ihres Wahlverhaltens angesichts der dort herrschenden unpopulären Linksregierungen für ihre ersten Europawahlen im Sommer 2004 nicht allzu schwierig. Im aktuellen Zyklus dürften sich die allermeisten der im Osten zu wählenden 137 neuen EP-Abgeordneten der EVP-Fraktion anschließen. Dort allerdings werden sich wiederum die meisten (ODS, Fidesz, die polnischen Rechts- und Bauernparteien, die balti-

schen Vaterländischen) zumaldest anfänglich eher bei den Euroskeptikern der Tories als bei den föderalistisch gesonnenen Christdemokraten heimisch fühlen.

## Der EU-Beitritt und die Folgen

Ohne Zweifel ist zur weiteren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsolidierung die baldmögliche EU-Mitgliedschaft der beitreffähigen Reformstaaten hilfreich. Bis 1999 hatte die Union im Gegensatz zu ihrem im Dezember 2002 in Kopenhagen beschlossenen Großen Wurf („Big Bang“) von zehn Beitrittsländern auf einen Streich einen differenzierteren Ansatz verfolgt. Angesichts der unterschiedlichen Transformationserfolge und damit auch verschiedenen Graden der Beitreffähigkeit wäre durchaus – ähnlich wie bei der NATO – eine zeitliche Staffelung in der Beitrittssequenz denkbar, auch wenn dies mittlerweile aus der Liste der Optionen mutwillig gestrichen wurde.

Denn die Geschichte hält stets auch beherzigenswerte Lektionen bereit. Das gilt auch für die bisherige EU-Erweiterung. Eine davon ist: Wer bei den Beitragsverhandlungen überdurchschnittliche Schwierigkeiten mache, bleibt auch nach seinem Beitritt ein schwieriges Mitglied. Das gilt für Großbritannien, Griechenland und Spanien und wird vermutlich auch (aber nicht ausschließlich) für Polen gelten. Nur in Ungarn klingen die meisten Bekenntnisse zum künftigen europäischen Bundesstaat aufrichtig und ohne Vorbehalte.

Für eine Integrationsskepsis gibt es gute historische Gründe: Im Gegensatz zu den meisten westeuropäischen EU-Staaten haben die neuen Beitrittsländer eine oft gebrochene oder sehr junge Nationalgeschichte mit nicht nur Jahrzehnten jüngster sowjetischer oder großserbischer Fremdbestimmung. Sie waren auch vormalig oft jahrhundertelang Bestandteile fremder Reiche. Die Karte Osteuro-

pas weist bis zum Berliner Kongress von 1878 gar nur vier Flächenfarben aus: die Russlands, des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarns und der Osmanen. Dort tummeln sich heute mindestens 22 unabhängige Klein- und Mittelstaaten, die sämtlich unbändig stolz auf die Symbole ihrer jungen Souveränität sind, von der Nationalmannschaft bis zu den neuen Geldscheinen. Wenig überraschend hält sich deshalb der öffentliche Jubel über die demnächst in Brüssel gemeinsam auszubügende Souveränität in engen Grenzen. Europaskeptiker in Großbritannien und Schweden begründen ihre Erweiterungsbefürwortung in der Erwartung, ihr Lager der intergouvernementalen Integrationsbremser werde nunmehr – nicht nur aus Polen (und selbstverständlich möglichst bald auch aus der Türkei) – eine kritische Blockademasse erhalten.

Zweifellos blüht auch mit den besten Beitrittsverträgen nach der Erweiterung spätestens ab 2006 ein fortgesetzter Streit ums Geld. Alle Kandidatenregierungen, deren Mehrzahl, wie erwähnt, wieder postkommunistischer Provenienz sind (und ihre Kader in Bälde in den EU-Institutionen zu platzieren suchen), warben bei ihren Beitrittsreferenden des Jahres 2003 vornehmlich mit den Mittelflüssen aus Brüssel. In Litauen bemühte die EU-Beitrittswerbung gar das anrührende Grimmsche Märchen vom Sternthaler, um die Golddukaten der EU zu veranschaulichen. Diese Versprechen harren ab Mai 2004 ihrer Erfüllung.

Wie die Erfahrung bisheriger Erweiterungen zeigt, reicht das schlichte Argument „Geld aus Brüssel/Deutschland“ allein nicht aus, um den Bürgern vertiefte Einsichten über den Sinn und Zweck der europäischen Integration und eine künftig gemeinsam ausgeübte Souveränität zu vermitteln. Der berühmte „Brief der acht“ vom Februar 2003, mit dem sämtliche osteuropäische Beitrittsländer, das „neue Europa“ Donald Rumsfelds, eine

Solidaritätsadresse zu Gunsten der USA unterzeichneten, mag etwas zufällig entstanden sein. In Laibach meinte man nachher, ihn gar nicht so recht gelesen zu haben, und in Prag war es nur Václav Havel 48 Stunden vor seinem Abtritt als Präsident. Er entsprang der Initiative des *Wall Street Journal* und eines cleveren US-Agenten namens Bruce Jackson, der mit britischer Hilfe die geschwätzige und träge deutsch-französische Diplomatie überlistete. Als Realitätsschock für die Strategen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU kam dieser Brief jedoch nicht zu früh. Nicht nur Polen sieht sich jetzt und künftig unverbrüchlich an der Seite der USA, da es seinen europäischen Nachbarn aus historischer Erfahrung (zuletzt bestätigt während des Kriegsrechtes von 1981, als nur die USA und der Vatikan der verfolgten Solidarność beistanden) herzlich und nachhaltig misstraut.

Bei der Außenhandelspolitik der EU dürfte der Einfluss der Neumitglieder mit ihren stärkeren Agrarinteressen und Wettbewerbsproblemen eher in eine protektionistische Richtung gehen. Auch an der EU-Entwicklungshilfe, die die AKP-Länder, zu denen kaum historische oder kulturelle Affinitäten bestehen, mit geringem sichtbaren Erfolg favorisiert, besteht wenig Interesse. Allerdings wird die Erweiterung helfen, jenes „schwarze Loch“ der EU-Außenpolitik abzustellen, das die Ukraine, Weißrussland und Moldawien bislang darstellen und im geostrategischen Interesse der erweiterten Union dort künftig nachdrücklicher als bisher eine effektive Transformation und den Freihandel fördern. Die Erweiterung bringt nicht nur viele bunte Staatsfahnen, größere Gruppenfotos bei EU-Gipfeln, eine nur halbvertraute neue EU-Geografie und neue Arbeitsplätze für Übersetzer. Das politische Gleichgewicht der Union verändert sich. Die Beitrittsländer kontrollieren nach dem Vertrag von

Nizza ab 2004 26,4 Prozent der Stimmen im Rat und 20,1 Prozent der Sitze im EP. Nach 2007 mit Rumänien und Bulgarien werden dies 31,3 Prozent beziehungsweise 25,5 Prozent sein. Die deutsch-französische „Achse“ wird mit 16,6 Prozent im Rat und 23,3 Prozent im EP dann zum deutlichen Minderheitenprogramm.

Abgesehen von ihrem Umverteilungsinteresse, wird die Europapolitik der Beitrittsländer nicht immer gleichgerichtet sein. Ihre künftigen sektoruellen EU-Politiken etwa werden stark von ihrem jeweiligen Aufholerfolg abhängen. Sie werden umso konstruktiver sein, je zügiger und je deutlicher der EU-Beitritt zur Erfolgsgeschichte wird. Dafür gibt es keinen Automatismus. Viele der Kandidatenländer schlagen deshalb schon jetzt bewusst die Entwicklungsstrategie Irlands ein. Ungarn, Estland und Slowenien haben gute Aussicht, mit der gezielten Förderung des Humankapitals durch Auslandsinvestitionen und einer modernisierten Infrastruktur die irische Erfolgsgeschichte zu wiederholen. Jedoch gibt es als abschreckendes Beispiel auch Griechenland unter der PASOK-Regierung Papandreous, als EU-Fördermittel vornehmlich zur Aufblähung des öffentlichen Dienstes und für politische Kredite der verstaatlichten Banken verpulvert wurden. Manche Minister und Ministerien zwischen Wilna und Sofia ähneln jenen von Athen jedoch nur allzu deutlich.

Es zeichnet sich schon jetzt ab, dass die Neuen kaum ein Interesse an verschärften Bestimmungen im EU-Umweltschutz, dem Arbeitsschutz, dem Lebensmittelrecht und anderen teuren Bedürfnissen und Hobbys hoch entwickelter Industriestaaten zeigen, an deren aktueller Umsetzung sie jetzt schon überfordert sind. Die Umsetzungsschwierigkei-

ten der Europaabkommen vor allem mit Tschechien und Polen zeigen dort noch häufig starke Vorbehalte gegenüber Bestimmungen des Binnenmarktes und der Wettbewerbsrechte (etwa bei europaweiten öffentlichen Ausschreibungen, Staatshilfen, Entmonopolisierungen und so weiter). Eine Vielzahl von Vertragsverletzungsverfahren oder gar der Ausschluss vom Binnenmarkt wäre sicher ein wenig verheißungsvoller Start und hülfe dem Neumitglied bei seinem Aufholprozess und seiner Attraktivität für Auslandsinvestitionen wenig. Allerdings bleibt für die Umsetzung bis zum 1. Mai 2004 nur noch herzlich wenig Zeit.

Angesichts ihrer wachsenden politischen und sozioökonomischen Divergenzen, des weitgehenden Scheiterns der bisherigen institutionellen Erweiterungsvorbereitungen in Amsterdam und Nizza und den bislang wenig optimistisch stimmenden Schlussfolgerungen des aktuellen Konventes ist eine finanzielle und institutionelle Krise der erweiterten Gemeinschaft der 25 vorprogrammiert. Dies muss kein Unglück sein. Womöglich besteht die Lösung der anstehenden Dilemmata in der schlichten Trennung des Spreus vom Weizen: eines harten föderalen Kerns der Union einerseits, der aus den meisten Mitgliedern der alten EU und einigen neuen bestehen mag, die die politische und Wirtschaftsunion bejahen, und aus jenen in London, Stockholm, Warschau und andernorts andererseits, die bis auf weiteres nur einen großen Binnenmarkt mit einigen Wettbewerbsregeln und gewissen Transferzahlungen akzeptieren können. Krisen waren bislang stets der heilsame Treibsatz der Integration. Die nunmehr bevorstehende Wiedervereinigung Europas gibt die Chance für einen neuen ehrlichen Schub.